

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Heinz Werner, Ingeborg König

Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik in
einigen westeuropäischen Industriestaaten

17. Jg./1984

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik in einigen westeuropäischen Industriestaaten

Heinz Werner, Ingeborg König*)

In den westeuropäischen Industriestaaten leben etwa 12,5 Millionen Ausländer, davon wiederum ist etwa die Hälfte erwerbstätig. Sie konzentrieren sich auf wenige Staaten: Frankreich (4 459 100), Bundesrepublik Deutschland (4 666 900), Belgien (885 700), Niederlande (524 600), Schweden (405 500) und die Schweiz (925 800).

Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten und im Gefolge des Ölpreisschocks erließen praktisch alle Länder bis 1973 einen Anwerbestopp für neu einreisende ausländische Arbeitnehmer. Die höhere Geburtenhäufigkeit und die meist nach wie vor mögliche Familienzusammenführung ließen die ausländische Wohnbevölkerung aber weiterhin ansteigen und führten zu Problemen der ausländischen Kinder und Jugendlichen in Schule und Beruf. Der Anteil ausländischer Jugendlicher an der Ausländerbevölkerung liegt durchweg über dem vergleichbaren Anteil der einheimischen Jugendlichen.

Inzwischen hat sich in fast allen Ländern trotz vermehrter Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine große Zahl von Ausländern auf Dauer im Lande bleiben wird. Die Gesetzgebung reagierte darauf, indem die Vorschriften in der Regel klarer gefaßt wurden in Richtung auf einen abgesicherteren rechtlichen Status (Daueraufenthaltserteilung, Dauerarbeitserlaubnis) der bereits sich im Lande befindenden Ausländer. Die Einbürgerungen wurden eher erleichtert. Die Familienzusammenführung wurde meist nicht zusätzlich eingeschränkt, aber die Arbeitsaufnahme von ausländischen Arbeitskräften wurden erheblich erschwert und die Beschäftigung von Illegalen wurde unter empfindliche Strafen gestellt.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes wurde versucht, über Rückkehrprämien (Frankreich) oder Hilfen zu Betriebsgründungen im Heimatland (Frankreich, Niederlande) die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer zu verringern. Die Maßnahmen brachten jedoch nicht die erhofften Wirkungen. Entweder sie waren zu teuer, konzeptions- und abwicklungstechnisch zu kompliziert und damit quantitativ nicht entscheidend oder sie wirkten als Anreiz zu wenig.

Gliederung

1. Die Entwicklung der Wanderungsbewegung
2. Einige Aspekte der Ausländerpolitik
3. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte zwischen den EG-Staaten

1. Die Entwicklung der Wanderungsbewegung

In den westeuropäischen Industriestaaten leben inzwischen 12,5 Mio. Ausländer, davon sind etwa 5,5 Mio. erwerbstätig. Die meisten – ca. 90% – konzentrieren sich auf wenige Staaten: Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Niederlande, Schweden, Schweiz (Tabelle 1, 2). Ihre Anteile an der Gesamtbevölkerung schwanken zwischen 3,7% in den Niederlanden, 14,2% in der Schweiz und 25,3% in Luxemburg (Tabelle 3). Die Bundesrepublik Deutschland liegt mit 7,5% im mittleren Feld. Diese Zahlen beinhalten nicht die illegalen und selbstverständlich auch nicht die eingebürgerten Personen. Die Einbürgerungen können je nach Land relativ hohe Zahlen annehmen (Frankreich, Schweden, Schweiz – siehe Tabelle 4).

Die Global- oder Durchschnittswerte zur Ausländerbevölkerung verbergen ein Charakteristikum, das im Zusammenhang mit der Ausländerbeschäftigung wichtig ist: Die Ausländer konzentrieren sich in der Regel auf bestimmte Regionen und ihre Anteile können in den städtischen Agglomerationen weit über diesem Durchschnitt liegen mit all den Problemen, die sich daraus ergeben. So leben z. B. im Großraum Paris etwa 37% aller Ausländer in Frankreich und in Brüssel 24% aller Ausländer in Belgien. In manchen Gemeinden Brüssels erreicht der Ausländeranteil inzwischen fast 50%.

Die Nationalitätenstruktur hat sich im Laufe der Zeit verschoben. Kamen in der Anfangsphase ausländische Arbeitnehmer vor allem aus Nachbarländern oder aus traditionellen Anwerbeländern (Italien), so kamen später die ausländischen Arbeitnehmer aus entfernteren Staaten: Nordafrikaner nach Frankreich und Belgien, Türken in die Bundesrepublik Deutschland (siehe Tabelle 2).

Obwohl die Hereinnahme von Ausländern in manchen Ländern eine lange Tradition hat, zum Beispiel in Frankreich unter demographischem Gesichtspunkt sogar gefördert wurde, wurde doch die wirtschaftlich bedingte Arbeitskräftewanderung am Ende der 50er Jahre in ihrer Massierung oft als etwas Neues empfunden. Die expandierenden Wirtschaften der europäischen Industriestaaten brauchten Arbeitskräfte, die sie organisiert ins Land holten, wie z. B. die Bundesrepublik Deutschland, oder die unkontrolliert oft einfach hereinkamen und deren Status nachträglich legalisiert wurde wie zeitweise in Frankreich. Oft genug ging man davon aus, daß der ausländische Arbeitnehmer nach einigen Jahren des Geldverdienens wieder mit dem Ersparnis in seine Heimat zurückkehren werde. Diese Vorstellung wurde von Umfragen teilweise noch gestützt, die aber außer acht

*) Dr. Heinz Werner und Ingeborg König sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Eine umfassende Wiedergabe der Probleme zur Ausländerbeschäftigung in einer Reihe von westeuropäischen Industriestaaten, einschließlich einer detaillierten Darstellung der Ausländerpolitik und der Gesetzgebung zur Arbeitserlaubnis, Aufenthaltserlaubnis und Einbürgerung, erfolgt in den „Beiträgen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“.

Tabelle 1: Ausländerbevölkerung und -beschäftigung in ausgewählten Ländern 1950–1982 – in 1000 –

	Belgien		Bundesrepublik Deutschland		Frankreich		Luxemburg		Niederlande		Schweden		Schweiz	
	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige
1950 ¹⁾	367,6 (1947)				1765,3 (1954)	982,7 ²⁾ (1954)	28,9 (1947)	15,3 ²⁾ (1947)	103,9		123,7		285,5	
1960 ¹⁾	453,5 (1961)	169,7 ²⁾ (1961)	686,1 (1961)	458,7 (1961)	2169,7 (1962)	1092,7 ²⁾ (1962)	41,5 (1968)	20,0 ²⁾ (1968)	117,6 (1971)	46,5 ²⁾ (1971)	190,6 (1971)	94,5 ²⁾ (1971)	584,8 (1971)	424,0 ²⁾ (1971)
1970 ¹⁾	696,3	246,7	2600,6	1870,1	2621,1 (1968)	1268,3 ²⁾ (1968)	62,5	26,9	254,8 (1971)	134,3 ²⁾ (1971)	407,8 (1971)	176,2 ²⁾ (1971)	1080,1 (1971)	657,1 ²⁾ (1971)
1974	805,4	278,0	4127,4	2386,6	4053,3	1260,4			344,9	163,4	401,2	200,0	1064,5	593,0
1975	835,6		4089,6	2226,9	4196,1		86,0	46,8	350,5	176,0	409,9	204,0	1012,7	553,0
1976	851,6		3948,3	2027,1	4205,3	1426,4			376,3	180,5	418,0	235,5	958,6	516,0
1977	869,7	306,3	3948,3	1977,7	4237,0	1550,1		49,1	399,8	187,0	424,0	225,3	932,7	492,8
1978	876,6		3981,1	1961,9	4170,4	1518,0		49,8	431,8	196,4	424,2	227,5	898,1	489,4
1979	890,0	310,1	4143,8	2014,5	4124,3	1498,0	92,1	50,4	473,4	182,3	424,1	228,7	883,8	490,7
1980	903,7	332,7	4453,3	2168,8	4168,0	1458,2		51,9	520,9	188,1	421,7	234,1	892,8	501,2
1981	878,6	332,2	4629,8	2081,8	4223,9	1427,1	95,8	52,2	537,6	192,7	414,0	233,5	909,9	515,1
1982	885,7		4666,9	2037,6	4459,1	1503,0		52,3	542,6	185,0	405,5	227,7	925,8	526,2
in % der Bevölkerung und der Erwerbstätigen insgesamt 1982	9,0	9,1 ³⁾	7,6	8,1	8,2	7,2	26,2 ³⁾	33,0	3,8	3,7	4,9	5,4	14,3	17,3

¹⁾ Volkszählungsergebnisse um 1950, 1960 und 1970

²⁾ Erwerbspersonen

³⁾ 1981

Quellen: Nationale und internationale Statistiken

Neben den oben gemachten Angaben stehen noch Ausländerzahlen (letztes verfügbares Jahr 1980–1982) für folgende Länder zur Verfügung:

Österreich	303	Norwegen	87
Dänemark	102	Spanien	198
Italien	333	Portugal	64

Quelle: *Conseil de l'Europe, La situation des travailleurs migrants et des membres de leurs familles: Réalisations, problèmes et perspectives de solutions*, Strasbourg 1984, S. 6.

ließen, daß derartige Umfragen nur die augenblickliche subjektive Absicht aufzeigen, die als Idee vielleicht noch weiter besteht, die aber mit zunehmender Verweildauer im Beschäftigungsland immer weniger wahrscheinlich wird.

Während zu Beginn der Wanderungsbewegung die Männer kamen, um Arbeitsplätze vor allem im verarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft einzunehmen, wurde im Laufe der Zeit die Familie nachgeholt – eine Entwicklung, die sich deutlich in der Statistik niederschlägt. Die ausländische Wohnbevölkerung stieg später schneller als die Beschäftigung der ausländischen Arbeitnehmer. Mit zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und unter dem Eindruck des Ölpreisschocks erließen die EG-Länder 1973 einen mehr oder weniger strikten Anwerbestopp für neu einreisende ausländische Arbeitnehmer. Schweden und die Schweiz schränkten bereits früher ein. Der Familiennachzug, der meist nach wie vor möglich war, ließ die ausländische Wohnbevölkerung aber weiterhin ansteigen. Dieser Nachzug, die größere Kinderzahl und die höhere Geburtenhäufigkeit der Ausländer (Tabelle 3) führte zu einer „Verjüngung“ des Ausländerbestandes und konfrontierte mit Problemen der ausländischen Kinder und Jugendlichen in Schule und Beruf. Der Anteil der Jugendlichen unter 20 Jahren liegt durchweg über dem Anteil der Ausländer an der

gesamten Wohnbevölkerung in den Aufnahmeländern oder über dem Anteil der vergleichbaren inländischen Gruppe von Jugendlichen.

2. Einige Aspekte der Ausländerpolitik

Inzwischen hat sich in fast allen wichtigen Aufnahmeländern – die Bundesrepublik betrachtet sich offiziell aber noch immer nicht als Einwanderungsland – die Erkenntnis trotz vermehrter Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit durchgesetzt, daß eine große Zahl von Ausländern auf Dauer im Lande bleiben wird. Die Gesetzgebung reagierte darauf, indem die Vorschriften in der Regel klarer gefaßt wurden in Richtung auf einen abgesicherteren rechtlichen Status (Daueraufenthalts-/arbeits-/erlaubnis) der bereits sich im Lande befindenden Ausländer. Die Einbürgerungen wurden eher erleichtert. Die Familienzusammenführung wurde meist nicht zusätzlich eingeschränkt, aber zusätzliche Neueintritte von ausländischen Arbeitskräften wurden erheblich erschwert, und die Beschäftigung von Illegalen wurde unter empfindliche Strafen gestellt.

Um die illegale Beschäftigung einzudämmen, wurde in Frankreich 1981 eine befristete Legalisierungsaktion durchgeführt, in deren Verlauf sich 150 000 Illegalen meldeten,

Tabelle 2: Ausländerbeschäftigung und Ausländerbevölkerung nach Aufnahme- und Herkunftsländern 1974 und 1982 — in 1000 —

Aufnahmeländer Herkunftsländer		Belgien	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Luxemburg	Niederlande	Schweden	Schweiz	Österreich
Algerien	1974 Beschäftigte	3,0	—	420,0		0,1	0,2	—	
	1982 Beschäftigte	3,2	—	286,7		0,2	—	—	
	Bevölkerung	11,6	5,1	805,4		0,5	0,5	1,8	
Griechenland	1974 Beschäftigte	8,0	225,0	5,0		2,0	8,0	6,0	
	1982 Beschäftigte	10,7	128,7	—		1,7	6,7	4,9	
	Bevölkerung	24,0	300,8	—		4,1	13,1	9,2	
Italien	1974 Beschäftigte	85,0	370,0	210,0	10,7	10,0	3,0	335,0	2,0
	1982 Beschäftigte	90,5	296,2	136,8	8,9	8,2	—	233,1	2,2
	Bevölkerung	274,1	601,6	441,0		20,6	4,4	412,0	
Marokko	1974 Beschäftigte	60,0	18,0	165,0		24,5	0,5	—	
	1982 Beschäftigte	37,3	—	145,0		28,8	—	—	
	Bevölkerung	104,5	42,6	492,7		100,5	1,3	1,2	
Spanien	1974 Beschäftigte	30,0	165,0	250,0	1,9	19,5	2,0	80,0	—
	1982 Beschäftigte	32,0	82,5	154,9	1,0	9,5	—	64,9	0,2
	Bevölkerung	60,0	173,5	395,4		22,1	3,2	102,6	
Türkei	1974 Beschäftigte	10,0	590,0	35,0		34,0	3,0	16,0	30,0
	1982 Beschäftigte	23,0	652,3	32,9		41,4	—	24,1	30,2
	Bevölkerung	64,8	1 580,7	135,0		152,2	20,3	46,8	
Jugoslawien	1974 Beschäftigte	3,0	470,0	60,0	0,6	9,5	23,0	26,0	166,0
	1982 Beschäftigte	3,1	349,6	33,6	0,7	6,2	21,7	38,0	98,3
	Bevölkerung	6,0	631,7	68,3		13,9	38,5	54,8	
Portugal	1974 Beschäftigte	3,0	85,0	430,0	12,5	4,5	1,0	4,0	—
	1982 Beschäftigte	6,2	54,5	406,0	15,5	4,1	—	11,6	—
	Bevölkerung	11,5	106,0	866,6		9,3	1,6	16,7	
Insgesamt	1974 Beschäftigte	278,0	2 360,0	1 900,0 ¹⁾	46,8 ²⁾	193,4	200,0	593,0	218,0
	1982 Beschäftigte	332,2 ³⁾	2 037,6	1 503,0	52,3	185,0	227,7	526,0	158,4
	Bevölkerung	885,7	4 666,9	4 459,1	95,8 ³⁾	542,6	405,5	925,8	291,5 ³⁾

Quelle: OECD: SOPEMI, verschiedene Jahrgänge

¹⁾ 1973

²⁾ 1975

³⁾ 1981

etwa die Hälfte der auf rund 300 000 geschätzten Zahl von sich illegal in Frankreich aufhaltenden Ausländern. Eine ähnliche Aktion, wenn auch in kleinerem Umfang, fand 1974 in Belgien statt. Das Problem bei derartigen Aktionen ist, daß bei Bekanntwerden womöglich erst Ausländer ins Land kommen oder in Erwartung zukünftiger ähnlicher Aktionen Personen illegal einreisen.

Wie bereits erwähnt, konfrontierte die weitergehende Familienzusammenführung und die hohe Geburtenrate der ausländischen Bevölkerung mit den Schulproblemen der sogenannten zweiten Generation. Die Tabellen 5 und 6 zeigen für eine Reihe von Ländern die Anteile der ausländischen Jugendlichen und die ausländischen Schülerzahlen. Man steht vor dem Dilemma des Unterrichts in Ausländerklassen, gemischten Klassen oder fremdsprachlichen Unterrichts usw. Da die Beherrschung der Sprache die Voraussetzung für berufliche und gesellschaftliche Integration darstellt, andererseits auch eine gewisse kulturelle Identität mit dem Herkunftsland aufrechterhalten werden soll, wird in manchen Ländern mit einer Reihe von Mischformen experimentiert, z. B. in den unteren Klassen mehr Unterricht in der Heimatsprache, dann sukzessive mehr in der Sprache des Aufnahmelandes oder es werden neben dem allgemeinen

Schulunterricht oder in diesen integriert spezielle Förderkurse für Ausländerkinder eingerichtet. Manche Länder wie Frankreich, Belgien oder die Schweiz z. B. setzen stärker auf die integrierende Wirkung der gemeinsamen Sprache und unterrichten konsequent in ihrer jeweiligen Landessprache. Wie dem auch immer sei, es läßt sich feststellen, daß ausländische Jugendliche in der Regel größere Probleme in der Schule und bei der nachfolgenden Arbeitsuche haben. Ihr Anteil in den Sonderschulen ist z. B. fast überall weit überdurchschnittlich¹⁾.

Aus einer Reihe von Gründen trifft die Arbeitslosigkeit die ausländischen Arbeitnehmer überproportional (Tabelle 7). Sie sind z. B. in der Regel weniger qualifiziert und häufig im verarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft tätig – Sektoren, in denen die Beschäftigung eher zurückgeht. Bei Fortdauern der Arbeitsmarktprobleme wurde zur Entlastung des Arbeitsmarktes hier und da versucht, über Rückkehrförderung die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer zu verringern. Dies erfolgte über finanzielle Anreize in Frankreich, über Hilfen zur Betriebsgründung im Heimatland in Frankreich und den Niederlanden. Die Maßnahmen brachten jedoch nicht die erhofften Wirkungen. Entweder sie waren zu teuer, konzeptions- und abwicklungstechnisch zu kompliziert und damit quantitativ nicht entscheidend (Niederlande) oder als Anreiz zu wenig. Sie wurden häufig von Nationalitäten wahrgenommen, die sowieso zurückgegangen wären. Frankreich hat deshalb sein Rückkehrhilfepro-

¹⁾ Lebon, A., L'Europe et les migrations internationales, in: Studi Emigrazione, No 73/1984, S. 33-34

Tabelle 3: Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung, den Erwerbstätigen und den Geburten 1975 und 1982 – in % –

	Belgien	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Niederlande	Schweden	Schweiz
Anteil der Ausländerbevölkerung an der Gesamtbevölkerung						
1975	8,5	6,6	6,5	2,3	5,0	15,8
1982	9,0	7,6	8,2	3,8	4,9	14,3
Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an den zivilen Erwerbstätigen insgesamt						
1975	7,4	8,6	7,6	4,7	5,0	18,3
1982	9,1	8,1	7,2	3,7	5,4	17,3
	(1981)					
Anteil der Ausländergeburten an den Geburten insgesamt						
1975	14,2	16,0	11,6	4,6	8,5	29,5
1981	15,6	12,8	12,5	8,1	7,5	16,5
					(1980)	

Quelle: Nationale und internationale Statistiken

gramm nach 3 Jahren Laufzeit 1981 eingestellt und durch ein bilaterales Abkommen mit Algerien ersetzt, das eine Kombination von finanzieller Abfindung, beruflicher Ausbildung und Hilfen bei Betriebsgründungen vorsah. Die Resultate bleiben aber auch hier weit hinter den Erwartungen zurück.

Inzwischen wurde wieder eine Rückkehrprämie für arbeitslose Ausländer eingeführt (Dekret No. 84-310 vom 27. 4. 84), die sich zusammensetzt aus einer staatlichen Hilfe bis zu 20 000 FF plus Umzugskosten, einer Abfindung durch das Unternehmen und einer Auszahlung aus der Arbeitslosenversicherung, die zwei Drittel der zu erwartenden Ansprüche beträgt. Alle drei Elemente dieser Rückkehrhilfe können insgesamt etwa 70000 bis 100000 FF ausmachen. Die Automobilfirmen Citroen und Peugeot haben bereits entsprechende Übereinkommen unterzeichnet.

3. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte zwischen den EG-Staaten

Einen interessanten Aspekt der europäischen Wanderungsbewegung stellt die Entwicklung zwischen den EG-Ländern dar. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte ist ja seit 1968 gesetzlich verwirklicht (Verordnung Nr. 1612/68 EWG). Die stufenweise Einführung der Freizügigkeit seit 1961-1968 hat aber kaum als zusätzlicher Wanderungsimpuls gewirkt.²⁾ Auch die neueren Zahlen zeigen keine spektakulären Arbeitskräftewanderungen zwischen den Mitgliedsstaaten der EG (Tabelle 8). Es ist anzunehmen, daß die Wanderungsbewegungen stark von Unterschieden in den

²⁾ Werner, H., Freizügigkeit der Arbeitskräfte und die Wanderungsbewegungen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, in: MittAB 4/73, S. 326 ff.

Tabelle 4: Einbürgerungen 1975 und 1981 (darunter die drei stärksten Nationalitäten)

Länder	Absolutzahlen (Durchschnitt der letzten drei Jahre)		in % der ausländischen Bevölkerung	
	1975	1981	1975	1981
Belgien	1 652	2 052	0,2	0,2
darunter:				
Italiener		370		0,1
Franzosen		164		0,2
Polen		141		1,8
Bundesrepublik Deutschland	22 842	37 387	0,6	0,8
darunter:				
Rumänen		11 021		97,5
Polen		5 105		6,5
UdSSR		3 655		59,0
Frankreich	34 951	49 510	0,8	1,2
darunter:				
Portugiesen		14 300		1,7
Spanier		13 684		3,1
Italiener		12 197		2,6
Niederlande	4 311	15 281	1,2	3,0
darunter:				
Surinamer		8 713		42,5
Deutsche		862		2,0
Briten		677		1,8
Schweden	15 253	19 331	3,7	4,7
darunter:				
Finnen		7 786		4,6
Dänen		1 244		4,4
Niederländer		803		34,9
Schweiz	9 384	9 609	0,9	1,1
darunter:				
Italiener		2 719		0,7
Deutsche		2 073		2,4
Tschechen		1 205		9,3

Quellen: Nationale Statistische Jahrbücher

Tabelle 5: Ausländische Jugendliche unter 25 Jahren in einigen Ländern um 1981

Länder	Absolutzahlen in 1000	Anteile der ausländischen Jugendlichen an der ausländischen Wohnbe- völkerung	Zum Vergleich: Anteile der inländischen Jugendlichen an der inländischen Wohnbe- völkerung
		in %	
Belgien	463	50,0	34,8 ¹⁾
Bundesrepublik			
Deutschland	1 855	40,1	33,1
Frankreich	1 478	41,5	38,0
Luxemburg	39	42,7	32,1
Niederlande	273	50,8	38,2
Schweden	163	40,2	32,1
Schweiz	335,5	36,9	34,2

¹⁾ Bezieht sich auf gesamte (inländische + ausländische) Jugendliche und Wohnbevölkerung.

Quelle: *Conseil de l'Europe*, La situation des travailleurs migrants et des membres de leurs familles: Réalisations, problèmes et perspectives de solutions, Strasbourg 1984, S. 9

Tabelle 6: Ausländische Schülerzahlen in einigen westeuropäischen Aufnahmeländern um 1980

Land	Jahr	Schülerzahlen und Schulrichtung	absolut	% ¹⁾
Bundesrepublik Deutschland	1980/81	ausländische Schüler insgesamt	738 200	6,55
		davon:		
		– allgemeinbildende Schulen	637 100	7,40
Frankreich	1981/82	– berufsbildende Schulen	101 100	3,85
		ausländische Schüler insgesamt	985 846	8,1
		(einschl. Vorschule ab 3. Lebensjahr)		
Luxemburg	1978/79	davon:		
		– Grundstufe (einschl. Vorschulerziehung)	666 551	9,5
		– Sekundarstufe (ohne Sonderschulen)	299 284	5,9
Niederlande	1981	– Sonderschulen der Sekundarstufe	20 011	16,2
		ausländische Schüler insgesamt	15 825	26,25
		davon:		
Schweden	1981	– Vorschulerziehung	2 619	37,8
		– Grundstufe	10 359	31,8
		– Sekundarstufe	2 847	13,7
Schweiz	1980/81	Schüler mit fremder Muttersprache	101 000	
		davon:		
		– Grundstufe und Sekundarstufe I	87 000	8,6
		– Sekundarstufe II	14 000	4,9
		ausländische Schüler insgesamt	194 833	15,1
		davon:		
		– Vorschulerziehung	24 165	20,1
		– Grundstufe	85 451	17,5
		– Sekundarstufe I	50 579	14,0
		– Sekundarstufe II	31 650	10,6
		– Fachhochschulen	2 988	12,6

¹⁾ Anteile der ausländischen Schüler an der Gesamtzahl der Schüler in der jeweiligen Schulrichtung

Quelle: *Lebon: L'Europe et les migrations internationales. La situation en 1983*, in: *Studi Emigrazione* No. 73/1984, S. 32

wirtschaftlichen Niveaus und damit den Verdienstmöglichkeiten abhängen. Mit einer gewissen Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus und damit der Löhne in den Industriestaaten der EG dürfte ein wesentlicher Wandersimpuls verringert werden.

Die Mobilitätsbereitschaft steigt zwar mit steigender (höherer) Ausbildung, eine in der Regel damit verbundene verantwortungsvollere Position im Beruf erfordert jedoch neben fließenden Sprachkenntnissen eine mehr oder weniger detaillierte Kenntnis der Wirtschafts-, Rechts- und Sozialstruktur des jeweiligen Landes und der Branche. Beide Voraussetzungen dürften nur bei einem kleinen Personenkreis vorliegen.

Eine höhere Qualifikation bringt in der Regel auch eine entsprechend dotierte Position im Heimatland, so daß, nachdem sich die wirtschaftliche Entwicklung und die

Löhne in den EG-Ländern in gewissen Grenzen nivelliert haben, die ökonomische Wanderungsschwelle nur noch in geringem Umfang erreicht wird. Es ist auch anzunehmen, daß sich die ökonomische Wanderungsschwelle nach oben verschiebt, d. h. daß die Einkommensdifferenz zwischen Heimatland und Zielland in diesem Fall größer werden muß.

Tabelle 7: Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeitnehmer, in Klammern Gesamtarbeitslosenquote

Land	Zeit			
	1976	1980	1981	1982
Belgien	11,2 (6,8)	13,9 (9,4)	16,6 (11,6)	— —
Bundesrepublik Deutschland	5,1 (4,1)	5,0 (3,3)	8,2 (4,7)	11,9 (6,8)
Österreich	—	2,1 (1,9)	3,4 (2,4)	— —
Frankreich	5,6 (4,3)	8,9 (6,4)	12,4 (7,8)	— —
Niederlande	6,2 (4,3)	8,5 (4,7)	12,6 (7,2)	— —
Schweden	4,0 ¹⁾ (1,8) ¹⁾	4,0 (2,0)	4,8 (2,5)	5,8 (3,1)

¹⁾ 1977

Quellen: EG, OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 8: In den EG-Mitgliedstaaten beschäftigte ausländische Arbeitnehmer nach Staatsangehörigkeit 1959–1981

Herkunftsland (Staatsangehörigkeit)	1959	1969	1974	1981
Belgien	35 000	54 000	73 600	50 900
Dänemark			8 000	7 700
Deutschland	40 100	40 100	125 000	47 400
Frankreich	31 300	47 700	96 000	103 100
Irland			455 000	231 500
Italien	400 400	593 000	782 000	555 100
Luxemburg	4 300	3 000	6 000	3 000
Niederlande	55 800	66 100	102 000	65 700
Vereinigtes Königreich			47 000	88 100
Summe EG	567 000	804 000	1 695 000	1 154 600
Spanien	79 600	413 000	517 000	235 100
Griechenland	7 600	165 000	290 000	139 100
Portugal	10 200	200 000	590 000	444 200
Türkei	1 100	198 000	656 000	674 400
Jugoslawien	7 800	182 000	545 000	387 500
Algerien	190 300	244 800	446 000	295 200
Marokko	22 000	83 000	190 000	196 500
Tunesien	8 000	34 000	85 000	71 700
Sonstige Nichtmitgliedstaaten	173 800	366 000	1 375 000	1 114 100
Summe Nichtmitgliedstaaten	615 500	1 886 000	4 694 000	3 557 800
Insgesamt	1 183 000	2 690 000	6 389 000	4 712 400

Quellen: Kommission der EG, Dokument V/51/75 – D –, Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, S. 6; SAEG, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 1984, S. 168